

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 8. Ratssitzung vom 4. Juli 2018

208. 2017/316

Motion von Christine Seidler (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 13.09.2017: Rahmenkredit zur Stärkung der Partizipation der Quartiere in der Stadtentwicklung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Christine Seidler (SP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3265/2017): Die Stadt sieht sich wachsendem Siedlungsdruck unter der Prämisse der Verdichtung ausgesetzt. Innenentwicklung geschieht immer dort, wo bereits jemand ist. Sie ist deshalb mit Emotionen, eigenen Zielen und eigenen Vorstellungen verbunden; Menschen lieben den Status quo, nicht Veränderungen. Das stellt die Stadtplanung und ihre bisherigen Instrumente vor neue Herausforderungen. Top-down-Planungen und der grosse Entwurf in einzelner Autorschaft haben keine Akzeptanz mehr. Das zeigt sich auch hier in den Diskussionen um Prozesse der Stadtentwicklung. Dynamik und Forderungen für alternative Lösungen nehmen zu, so auch die Bewegung Recht auf Stadt. Sie verlangt aber nicht schlichtweg den Zugang zu bereits Existierendem, sondern das Recht, nach eigenen Wünschen zu gestalten. Wir müssen Menschen zu Beteiligten der Stadt machen. Unser Vorstoss präsentiert eine niederschwellige und besonders aufrichtige Stadtpartizipation. Sie soll Rahmenbedingungen deutlich – was verhandelbar ist und was nicht – festhalten und ergebnisoffen sein. Partizipation trägt zur Identität und Stadtqualität bei, indem vielfältige Vorschläge und Ideen einfließen können und Planungen dem kritischen Blick von potenziellen Nutzerinnen und Nutzern ausgesetzt sind. Das muss unabhängig von Staatszugehörigkeit, Kontostand oder Status möglich sein. Die vom Stadtrat erwähnte Form von Quartiervereinsarbeit oder das Initiativrecht decken das nicht ab. In meinem Stadtkreis fühle ich mich auf keine Weise vom Quartierverein vertreten; auch die politische Initiativmöglichkeit bietet keine breite Möglichkeit der Partizipation. Ernsthafte Partizipation kostet und ist aufwendig in Vorbereitung und Durchführung. Sie zahlt sich aber mittel- und langfristig vielfach aus. Denn die Partizipation, von der wir sprechen, ist eine Investition in die Zukunft, die Identifikation von bisherigen und zukünftigen Nutzerinnen und Nutzern mit dem Ort herstellt und die Menschen zu Teilnehmenden der Orte macht. Als Stadtteilbudget fördert diese Partizipation ausserdem das Verständnis für Kosten von Projekten; nicht nur Wünsche, sondern auch die Auseinandersetzung mit den verbundenen Ausgaben sind Teil des Prozesses. Menschen zu Beteiligten der Stadt zu machen, ist unter der Prämisse der Verdichtung einerseits und dem Wertewandel der Gesellschaft andererseits zwingend. Damit die Lebensqualität und städtebauliche Veränderungen sich nicht ausschliessen, sondern aktivieren, müssen Eingriffe mit Respekt vor Geschichte, vor Bestehendem und insbesondere vor den Bedürfnissen der Betroffenen vorgenommen werden. Mit solchen konsensorientierten Verfahren, zu denen namentlich*

das Participatory Budgeting gehört, werden weltweit positive Erfahrungen gemacht. Dies nicht zuletzt, weil auf diesem Weg auch schwer zu erreichende oder benachteiligte Bevölkerungsschichten an der Stadtentwicklung beteiligt werden können. Es ist an der Zeit, solche Instrumente auch in einer innovativen Stadt wie Zürich zu erproben.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Auch im Stadtrat sind eine gute Verankerung und Verwendung der öffentlichen Mittel, Transparenz sowie zivil-gesellschaftliches Engagement wichtig. Bevor aber ein neuer Rahmenkredit definiert und ein Verteilschlüssel für die Quartiere geschaffen werden soll, muss zuerst sorgfältig geprüft werden, ob die präzise beschriebenen beabsichtigten partizipativen Verfahren zur Aushandlung der Verteilung von öffentlichen Mitteln für die hiesigen Verhältnisse überhaupt geeignet sind und ob sie sinnvoll im Gesamtkontext implementiert werden können. Die bekannten Beispiele für das Participatory Budgeting stammen alle aus ausländischen Städten, in denen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung wesentlich eingeschränkter sind. Auch sind die Erfahrungen mit dem Participatory Budgeting nicht ausschliesslich positiv. Unsere Quartiere verfügen nicht über die organisatorischen Strukturen, die legitimiert und in der Lage sind, die nötigen Beteiligungsverfahren für eine transparente Vergabe der Mittel durchführen können. Die Schaffung und der Betrieb solcher Strukturen wäre ohne Zweifel mit einem erheblichen Aufwand verbunden. So stellt sich die Frage nach dem Aufwand und des Zusatznutzens des Participatory Budgetings zu den demokratischen Prozessen, die hier bereits vorhanden sind. Eine weitere Überlegung des Vorstosses betrifft den Bereich, der in nächster Zeit zusammen mit den Quartiervereinen und weiteren interessierten Organisationen angegangen werden soll. Wie bereits in der Weisung zu den Beiträgen an die Quartiervereine angekündigt: Wir wollen die Schnittstelle zwischen der Stadt und der Bevölkerung zusammen mit den Quartiervereinen und weiteren Interessierten auch in Hinblick auf allfällige Optimierungen überprüfen. Die Strukturen und Prozesse veränderten sich stark, was wir in einem partizipativen Prozess mit allen Interessierten untersuchen wollen. Dieser Analyse, die wir partizipativ ausgestalten wollen, sollte nicht vorgegriffen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, sondern sehr wohl denkbar, dass die Grundüberlegungen hinter dem Participatory Budgetings durchaus auch in den Prozess einfliessen können. Darum beantragt der Stadtrat, den Vorstoss als Motion abzulehnen und ist bereit, ihn als Postulat entgegen zu nehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die Motionäre fordern Geld für ein Instrument, das hauptsächlich in Ländern eingesetzt wird, die über weniger demokratische Mitwirkungsrechte als hierzulande verfügen. Durch das Wahlverfahren sind unsere Wahlkreise genügend repräsentiert; dazu gehören auch die Quartiervereine, die heute bereits von der Stadt mitfinanziert werden, sowie weitere lokale Vereine. Wir stimmen der Aussage, dass die Quartiervereine die Bevölkerung nicht immer repräsentieren, zu. Die Probleme müssen aber dort angegangen werden, wozu bereits Bestrebungen im Gange sind. Die geforderte Einführung führt zu ungeklärten Kompetenzfragen: Die*

Rechtsstellung eines Quartiergremiums wäre bei Differenzen, etwa bezüglich Veränderungen im öffentlichen Raum, mit dem Gemeinderat ungeklärt. Die Forderung bindet viele Ressourcen und kann kaum zu positiv wirken; das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist fragwürdig, was auch vom Stadtrat bestätigt wird; es werden nicht gebrauchte Dinge umgesetzt.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Lebendige Quartiere, in denen die Menschen gerne arbeiten, wohnen und sich wohlfühlen, sind ein Markenzeichen der Stadt Zürich. Aufgrund der historischen Entwicklung ist in den meisten Quartieren ein eigenständiges Dorf- und Quartierleben vorhanden, das von den Vereinen und Institutionen gepflegt wird. Die lokalen Organisationen tragen wesentlich zum Wohlbefinden und zur Lebensqualität bei. Insbesondere leisten die 25 Quartiervereine einen wichtigen Beitrag. Sie haben verschiedene Tätigkeitsfelder, dazu gehören das Organisieren und Durchführen von grossen Quartierveranstaltungen und die Quartierentwicklung. Der Vorstand des Quartiervereins nimmt eigene Ideen und Ideen der Bevölkerung auf, prüft sie und versucht, sie umzusetzen. Einige Quartiervereine gründeten zur Entlastung des Vorstands und zum Einbezug der Bevölkerung eine Quartierentwicklungs- oder Verkehrs- oder andere Kommission, in der sich interessierte Quartierbewohnende freiwillig engagieren. Es handelt sich um lokale, niederschwellige Partizipationsangebote, die rege genutzt werden. Die lokalen Exponenten stossen hierbei auf zwei Schwierigkeiten. Erstens ist der Prozess von der Entstehung einer Idee bis zu ihrer Verwirklichung sehr aufwendig. Veränderungsmanagement und das Leiten von Projekten sind zeitlich und psychisch belastend. Die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder und die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen stossen dabei an ihre Grenzen. Zweitens braucht es für die Realisierung von Projekten Geld; auch kleine Projekte kosten oft zwischen 20 000 und 50 000 Franken. Die jährlichen Beiträge der Stadt sind abhängig von der Bevölkerungszahl, durchschnittlich sind es 12 700 Franken pro Quartierverein. Das meiste Geld wird für Quartierveranstaltungen gebraucht, so dass für die Quartierentwicklung nur wenig Geld zur Verfügung steht: Viele gute Projekte können darum zur Frustration der engagierten Bevölkerung nicht realisiert werden. Vom Vorstoss erhoffen wir uns, dass zukünftig mehr Geld für Quartierprojekte zur Verfügung stehen wird und dass sich alle Bevölkerungsgruppen an der Quartierentwicklung beteiligen können. Dabei sollen die bereits bestehenden Strukturen beachtet und weiterentwickelt werden. Das ist auch die Absicht des Stadtrats: Ein partizipativer Prozess wurde angekündigt, um die Gelder, die in die Quartiere fliessen, zusammen mit den Quartiervereinen zu überprüfen und zu optimieren. Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Beteiligten sind im Prozess vorgesehen. Darum können und sollen die Ideen des Vorstosses in den Prozess, der im September 2018 beginnt, einfließen. Wir unterstützen den Vorstoss nicht als Motion, aber als Postulat.*

Pirmin Meyer (GLP): *Neue Formen der Partizipation sind begrüssenswert. Sie sollen aber unter Berücksichtigung technologischer Entwicklungen betrachtet werden. Städte wie Barcelona oder Reykjavík experimentierten mit der Einbindung einer breiten Öffentlichkeit in die Politik mittels digitalen Werkzeugen. Auch hier sollten die Chancen solcher Entwicklungen geprüft werden. Freiräume müssen erforscht und Experimente*

gewagt werden. Wir plädieren für kleine und konsequente Schritte, so etwa Pilotprojekte im Bereich digitaler Demokratie. Analoge und digitale Formen der Partizipation müssen dabei Hand in Hand gehen. So sind wir mit dem Stadtrat einig, dass die mögliche Einführung des Participatory Budgetings in Koordination mit der im Herbst 2018 geplanten Überprüfungen des besseren Miteinbezugs der Quartiere und der Bevölkerung in die politische Entscheidungsfindung erfolgen soll. Wir setzen unsere Hoffnung ausserdem auf die von uns angeregte Smart-City-Strategie, die voraussichtlich im November vorliegen wird und das Thema der politischen Partizipation als zentralen Aspekt ebenfalls abdecken wird. Die Grundanliegen des Vorstosses schätzen wir positiv ein; so lehnen wir ihn zwar als Motion ab, unterstützen aber entsprechend dem stadträtlichen Antrag die Entgegennahme als Postulat. Dabei ist die Koordination mit der Überprüfung der Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen und der Quartierkoordination sowie mit der Smart-City-Strategie zwingend.

Natalie Eberle (AL): Auch für uns geht die Motion zu weit: Das Participatory Budgeting eignet sich für andere Städte in anderen Ländern. Gelder sind heute bereits Mangelware in der Partizipationsentwicklung, so besteht die Gefahr, dass Geld von den heutigen Institutionen wegfliesst. Um Partizipation allen zu ermöglichen, muss Entwicklung in den Quartieren geschehen, wo die Bewohnerinnen und Bewohner befähigt werden sollen. Darum unterstützen wir die Umwandlung in ein Postulat. Vom Stadtrat ist noch zu beantworten, wie die Möglichkeit der Partizipation an den Prozessen in den Quartiervereinen an die Betroffenen kommuniziert wird.

Stefan Urech (SVP): Es existieren bereits genügend Gefässe für die Quartierpartizipation: die Quartierkoordination und die Quartiervereine. Dazu kommen die Kreisparteien, die die innovativen Ideen, die durch die Quartiervereine aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden können, hier als Motion oder Postulat einfordern können. Zusätzlich gibt es eine Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung im Amt für Städtebau und eine im Präsidentialdepartement. Ein zusätzliches Gefäss und zusätzliche Gelder lehnen wir ab.

Michail Schiwow (AL): Ich stehe der Motion grundsätzlich positiv gegenüber und begrüsse die Förderung möglichst vieler Bottom-up-Initiativen anstelle von Top-down-Partizipation in den Quartieren. Eine Verordnung von oben ist zwar zu befürchten, aber das kann auch als Weg dienen, die sonst vom regulären demokratischen Prozess ausgeschlossene Bevölkerung miteinzubeziehen. Ein Beispiel der Bottom-up-Partizipation – die unbeantwortete Petition gegen die Kündigungen an der Zollikerstrasse – zeigt, dass die bestehenden demokratischen Mittel ernster genommen werden müssen, bevor ausländische Partizipationsmodelle importiert werden.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wir als stark politisch engagierte Personen kennen die bestehenden Instrumente und Prozesse der Partizipation. Für viele ist es aber schwierig, aus eigenem Antrieb niederschwellig politisch aktiv werden zu können. Ich möchte, dass die gesamte Bevölkerung, im Speziellen auch ältere Personen, sich beteiligen können. Es braucht diesbezüglich noch grosse Schritte, um mit den geeigneten Instrumenten eine Kultur zu

5 / 5

entwickeln zu können, die eine breite Beteiligung erlaubt. Wir müssen den kategorialen Unterschied zwischen Mitsprache und Mitbestimmung ernst nehmen und die Bevölkerung nicht nur mitsprechen, sondern auch mitbestimmen lassen; auch wenn es um kleine Summen geht oder wenn es darum geht, einem Projekte einen bestimmten Betrag zur Verfügung zu stellen. Mit der Motion schlagen wir vor, dass in einem ersten Schritt ein öffentlicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden soll, der hyperdynamischen Think Tanks und innovationsaffinen Gebilden die Möglichkeit gibt, ihre Ideen bezüglich des Einsatzes von digitalen und analogen Instrumenten zu präsentieren.

Das Postulat GR Nr. 2018/261 (statt Motion GR Nr. 2017/316, Umwandlung) wird mit 68 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat